

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l  
der 56. Sitzung des Bundesrates vom 1. August 1961

---

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Wahlen  
Abwesend: HH. Chaudet, von Moos und Tschudi  
 (Urlaub)  
Schriftführer: Hr. Weber  
Protokolle: Keine  
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 30

---

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Ergebnis der EFTA-Ministerkonferenz

Wie der Herr Bundespräsident einleitend feststellt, erachtet er die Mitglieder des Bundesrates als durch die Presse hinreichend orientiert. Zu ergänzen wäre noch, dass die Ministerkonferenz sehr wenig Zeit in Anspruch nahm, nachdem die grundlegenden Beschlüsse bereits in London gefasst worden waren. Die Erklärungen Premierministers Macmillans vor dem Parlament hätten sich genau an die EFTA-Beschlüsse von London gehalten, indem sie die Solidarität der EFTA-Staaten hervorhoben. Dänemark habe sich sofort dem englischen Schritt angeschlossen. Der Präsident der EFTA-Ministerkonferenz, Herr Kreisky, sei beauftragt, der EWG die Bereitschaft der EFTA-Staaten mit den EWG-Verhandlungen zu führen, zu notifizieren. Die Verhandlungen zwischen England und der EWG würden nicht vor Ende August, Anfang September in Gang kommen. Wann die Schweiz zum Zuge kommen werde, das werde sich erst aus der ganzen Entwicklung ergeben. Das Aufrollen des ganzen Fragenkomplexes erfülle den Herrn Bundespräsidenten mit Sorgen. Es werde für uns sehr schwer sein, der EWG unter Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit beizutreten.

Herr Spühler ist der Auffassung, dass man mit dem, was man über die Ausführungen Macmillans aus der Zeitung erfahren habe, vom Standpunkte der EFTA-Solidarität aus, zufrieden sein könne. Er möchte wissen, ob nun die Schweiz während mehreren Monaten Gewehr bei Fuss stehen werde, oder ob gewisse Fühlungnahmen beabsichtigt seien?

Der Herr Bundespräsident glaubt, dass wir trotz einer gewissen Zurückhaltung wegen des Andranges vor den "Toren Brüssels" doch gut daran täten, sondierend Fühlung zu behalten. Das Wort hätten jetzt allerdings in erster Linie die Behörden der EWG. Man werde bereits aus den Rekationen auf die englischen Erklärungen und die Erklärungen Kreiskys gewisse Schlüsse ziehen können.

Herr Schaffner ist ebenfalls der Auffassung, dass wir nicht ganz passiv bleiben können, weil wir sonst riskieren, dass alle andern zu ihren Abschlüssen kommen und wir zurückbleiben. Es werde dann





heissen, wir seien bei der Bereinigung des Verhältnisses zur EWG zu wenig aktiv gewesen. Durch die kollektive Anmeldung seien wir akkreditiert und müssten kein eigenes formelles Gesuch mehr stellen. Im Schatten dieser kollektiven Akkreditierung sollte auch die Schweiz ihre Sondierungen weiterführen.

Herr Bourgknecht erklärt, er sei besonders beeindruckt gewesen von einer Äusserung von französischer Ministerseite, wonach die schweizerische Neutralität als überlebt betrachtet werde. Es sei deshalb nötig, Kontakte zu bewahren, um für unsern Standpunkt Verständnis zu schaffen, Man dürfe nicht passiv bleiben, wenn das wirklich die Auffassung der französischen Behörden sein sollte.

Herr Spühler präzisiert seine Auffassung dahin, dass Kontakte gepflegt werden sollen, dass aber Kontakte im Sinne von Verhandlungen zu weit gehen würden. Nach seiner Auffassung bilden die EFTA-Staaten einen Block, aus dem sich England detachiert habe, um Verhandlungen mit der EWG für sich und die andern EFTA-Staaten zu führen. Es werde schwierig sein zu sagen, wie weit die Kontakte gehen dürfen. Er möchte auf alle Fälle nicht, dass die Schweiz jetzt in das Gedränge komme.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass zur Zeit Verhandlungen der Schweiz mit der EWG ausgeschlossen seien. Es handle sich jetzt darum, Sondierungen über die Haltung der einzelnen Mitglieder der EWG vorzunehmen, um dann gerüstet zu sein, wenn wir den Entschluss fassen müssen, ob wir verhandeln wollen oder nicht. Es werde bis dahin noch viele Schwierigkeiten geben. Die britische Regierung habe z.B. noch keine Ahnung, welche Haltung de Gaulle einnehmen werde.

#### Abbruch der franco-algerischen Verhandlungen

Der Herr Bundespräsident gibt Kenntnis von einem Gespräch Krim Belkacems mit Herrn Minister Long, bei welchem Anlasse die Gründe für den Unterbruch nach algerischer Version bekannt gegeben worden seien, nämlich, dass in der Frage Sahara die französische Haltung ablehnend gewesen sei und den Algeriern in diesem Punkte keine Hoffnung gelassen habe.

Der Unterbruch könne nun ziemlich lange dauern. Beide Parteien hätten die Schweiz angefragt, ob die bereit wäre, ihre guten Dienste weiter zur Verfügung zu stellen. Der Herr Bundespräsident beantragt, die Anfrage in positivem Sinne zu beantworten und der Rat erklärt sich stillschweigend damit einverstanden.

Die Schutzmassnahmen in Bois d'Avaux sollten nun abgebaut werden. In Takt bleiben sollen die festen Einrichtungen wie die Stacheldrahtverhaue und die Gräben. Das Objekt solle abgeschlossen und der Genfer Polizei zur Bewachung übergeben werden. Man habe auch die Bewachungskräfte für die Laoskonferenz herabsetzen können. Nach Verhandlungen mit der Ciba sollen auch die technischen Einrichtungen des Konferenzsaales abgebaut werden. Für den Fall einer Wiederaufnahme der Verhandlungen könne man innert einer Woche die Sache wieder in Ordnung stellen. Die BK wird beauftragt, durch Protokollauszug die heutigen Beschlüsse den interessierten Stellen bekannt zu geben.



- 3 -

Belkacem werde am Mittwoch abreisen. Herr Long habe ihm nachgelegt, bei diesem Anlass keine Erklärungen abzugeben. Das EPD werde einen Beamten an den Flughafen schicken.

Zum Schlusse gibt Herr Wahlen seinen Besorgnissen über die Entwicklung der inneren Lage Frankreichs Ausdruck.

### Schriftliche Anträge

#### Politisches Departement

##### Agrément für einen neuen Botschafter Indiens in der Schweiz

Dieses, nicht auf der Traktandenliste stehende Geschäft wird antragsgemäss erledigt.

#### Volkswirtschaftsdepartement

##### Aenderung des BRB vom 18.7.58 über die Förderung des Inlandabsatzes von Zucht- und Nutzvieh

Herr Schaffner bemerkt zum Mitbericht des FZD, dass hier offenbar die Befürchtung bestehe, das EVD könnte eine Art minderwertige Produktion stimulieren. Es handle sich nicht um eine generelle Massnahme, die man vorschlage, sondern um eine Regelung von Fall zu Fall. Auch die Bergbauern selbst müssten bei jedem Stück durchschnittlich 400 Franken liegen lassen.

Herr Bourgknecht bemerkt, dass das FZD keinen Antrag auf Ablehnung gestellt habe, sondern nur eine Anregung gemacht hätte.

Das Geschäft wird nach Antrag erledigt.

##### Ablösung des Milchwirtschaftsbeschlusses auf den 1.11.62

Herr Schaffner betont, dass er hoffe, mit einem Vorwegbeitrag von 20 Millionen Franken ein günstigeres Klima schaffen zu können.

Herr Bourgknecht stellt fest, dass das FZD keinen Gegenantrag gestellt habe.

Der Herr Bundespräsident weist darauf hin, dass der Antrag in einem gewissen Widerspruch stehe zu den Erklärungen im zweiten Landwirtschaftsbericht des Bundesrates. Er begrüsse aber die vorgeschlagene Lösung.

Herr Schaffner bemerkt, dass im Mitbericht des JPD beantragt werde, im Vorentwurf auf eine Werbeabgabe zu verzichten. Der Bundesrat habe diese Frage in der Botschaft über zusätzliche, wirtschaftliche und finanzielle Massnahmen auf dem Gebiete der Milchwirtschaft im bejahenden Sinne entschieden und die eidg. Räte seien ihm gefolgt. Es handle sich um res judicata. Man könne nun nicht gut heute als verfassungswidrig erklären, was 1959 beantragt und beschlossen worden sei.

Der Rat stimmt dieser Auffassung zu und lehnt Ziffer 2 des Aenderungsantrages des JPD ab, stimmt aber den Ziffern 1 und 3 zu.



Post- und EisenbahndepartementTarifannäherungen bei Privatbahnen

Herr Spühler weist nach, dass die zurückhaltende Einstellung des Bundesrates <sup>von</sup> den eidgenössischen Räten schon bei der Beratung des Eisenbahngesetzes korrigiert worden sei und dass das Parlament auch beim Tarifannäherungsbeschluss auf der ganzen Linie weitergegangen sei als der Bundesrat. Die Umwandlung der Motionen Theus und Tenchio in Postulate sei nur möglich gewesen, weil weitere Erleichterungen in Aussicht gestellt worden seien. Art. 1 des Tarifannäherungsbeschlusses bestimme als Zweck der Tarifannäherung: "die wirtschaftliche Entwicklung geographisch oder aus andern Gründen benachteiligter Landesgegenden zu fördern". Wenn in Art. 2 von Bahnen die Rede sei, "die wirtschaftlich wenig oder nur einseitig entwickelte Landesgegenden in Berggebieten bedienen" und wenn in Art. 3 von der "einheimischen Bevölkerung von Berggebieten" gesprochen werde, so bestehe Uebereinstimmung in der geographischen Umschreibung. Daraus folge, dass das für den allgemeinen Verkehr festgelegte Gebiet übereinstimmen müsse mit dem Gebiet, in welchem für Einheimische besondere Vergünstigungen gewährt werden. Man könne nicht, wie dies das FZD tue, den Begriff Berggebiete nach Art. 3, Abs. 2 anders interpretieren als in Art. 2, Abs. 1, Buchstabe b. Auf die Rhätische Bahn angewendet bedeute das, dass die im Antrag erwähnten Gemeinden der Region 10, weil sie an der Strecke der RhB liegen, in den Kreis der Begünstigten einzubeziehen sind, mit der im Antrag erwähnten Begründung. Es sei nicht zu verstehen, dass z.B. der Schulser, der nach Chur fahre, mit dem Einheimischenbillett fahren könne, während dem Churer, der von Chur nach Schuls fahre, diese Vergünstigung nicht zukomme.

Herr Bourgknecht erklärt, dass ihn die Ausführungen des Herrn Spühler beeindruckt hätten. Die Interpretation des PED sei mit der historischen Entwicklung der Gesetzgebung über die Tarifannäherung begründbar. Wenn die eidg. Räte entscheiden müssten, würden sie nach Antrag PED entscheiden. Das FZD fürchte, dass man Präzedenzfälle schaffe.

Auch der Herr Bundespräsident hat Bedenken wegen der Konsequenzen. Die Tarifannäherung würde wegen der Bergbevölkerung geschaffen. Man könne gewiss nicht behaupten, dass Chur und die Herrschaft Berggebiete seien.

Herr Spühler erklärt, dass das PED die Sache gründlich geprüft habe und dass man nicht damit rechnen müsse, dass dem Bundesrat noch weitere solche Anträge gestellt würden. Er wiederholt das Argument, dass man die Gebiete, für die die allgemeine Tarifannäherung vorgesehen sei und die Gebiete, in denen die Tarifannäherung für Einheimische gewährt werde, als identisch auffassen müsse.

Herr Bourgknecht anerkennt die Berechtigung der Anträge des PED soweit sie Graubünden betreffen; dagegen hält er mit Bezug auf das Wallis an den Anträgen des FZD fest.

Herr Spühler erklärt sich einverstanden, auf den Anschluss von Leuk an die Region 4 zu verzichten. Es soll gemäss Antrag des FZD eine neue Region 13 gebildet werden, die aber den ganzen



- 5 -

Bezirk Leuk umfasst und nicht nur die vom FZD erwähnten 4 Ortschaften.

Nachdem sich Herr Bourgknecht damit einverstanden erklärt, wird das Geschäft nach Antrag PED mit der von Herrn Spühler vorgeschlagenen, geänderten Lösung für Leuk genehmigt.

#### Personalmassnahmen beim Amt für Verkehr

Auf Grund der Beratungen wird entsprechend dem Antrag des FZD der Fall von Herrn Dr. Tapernoux zuerst an die Kommission für die Bewertung höherer Stellen zur Begutachtung überwiesen, in der Meinung, dass der Entscheid durch den Bundesrat im September getroffen werden könnte. Was die Verleihung des Titels "Adjunkt des Direktors" betrifft, glaubt Herr Schaffner, dass man im Titel die Aufgabe konkreter umschreiben sollte, also etwa "Beauftragter für internationale Verhandlungen".

### U m f r a g e

Hr. B o u r g k n e c h t

#### IKPO / Interpol- und Falschgeldkonferenz in Kopenhagen vom 29. August - 2. September

Herr Bourgknecht sollte dieses Geschäft als Stellvertreter des Vorstehers des JPD vertreten. Nachdem Herr von Moos zuerst selbst für eine Reduktion der Delegation gewesen sei, habe er nachträglich, laut Angaben des Bundesanwaltes dem Antrage zugestimmt. Herr Bourgknecht habe den Antrag nicht unterschrieben, mit der Begründung, dass er ihn in seiner Eigenschaft als Vorsteher des FZD bekämpfen werde.

Es wird bei dieser Sachlage beschlossen, das Geschäft auf die nächste Sitzung zu verschieben, an der Herr von Moos anwesend sein wird.

#### Besprechung mit den Herren Lobsiger und Hongler

Herr Bourgknecht hat von beiden Herren Vorschläge für eine Umschreibung ihrer Aufgaben verlangt und stellt darüber einen Antrag an den Bundesrat in Aussicht. Was die Frage der Bestände im Hinblick auf die Aufstellung des Budgets betreffe, sei von den beiden Herren eine eingehende Umfrage bei den Abteilungschefs angeordnet worden. Herr Hongler hat seine Auffassung über die "Möglichkeit einer Beeinflussung der Personalbestände" in einem Bericht an den Chef des FZD vom 31. Juli 1961 festgelegt, der den Mitgliedern des Bundesrates in Abschrift ausgeteilt wurde und woraus Herr Bourgknecht folgenden Satz zitiert:

"Als etwas vom Schlimmsten ist wohl das vollständig verlorengegangene Kostendenken zu beurteilen". Der Sprechende ersucht die Mitglieder des Bundesrates, auf ihre Mitarbeiter einen Druck auszuüben, um eine Personalvermehrung für das nächste Budget abzubremsen.



Audienzgesuch, Union Pétrolière

Diese Vereinigung hat sich s.Zt. dafür eingesetzt, dass auf dem Benzinzollzuschlag keine Warenumsatzsteuer erhoben werde. Nun hätten diese Leute sich wieder bemerkbar gemacht und um eine Audienz bei einer Delegation des Bundesrates nachgesucht. Herr Bourgnknecht möchte wissen, was der Bundesrat darüber denke. Soll man die Geste, die man das letzte Mal gemacht habe, um ein Referendum zu vermeiden, wiederholen?

Da die Meinungen der übrigen Mitglieder des Rates auseinandergehen wird beschlossen, die Rückkehr von Herrn Tschudi abzuwarten und sich von ihm darüber orientieren zu lassen, was die nationalrätliche Kommission in dieser Frage beschlossen habe.

Ferienreise nach Portugal

Der Rat ist der Auffassung, dass Herr Bourgnknecht, die Offerte des portugiesischen Botschafters, ihm in Lissabon einen Wagen der Regierung zur Verfügung zu stellen, annehmen solle. Ein Verstoß gegen Art. 12 BV liege nicht darin und, wie Herr Schaffner erklärt, sei es schwierig, sich in Portugal als Autofahrer zurechtzufinden, wenn man die Landessprache nicht beherrsche.

Bauvorlagen ETH

Herr Bourgnknecht hat von einer seiner Dienststellen einen Bericht erhalten, worin gerügt wird, dass sie zu spät über Servitutenverträge im Zusammenhang mit der Aufstockung des Physikgebäudes orientiert worden sei. Er wird sich deswegen direkt mit Herrn Tschudi in Verbindung setzen.

Hr. SpühlerEntlassung eines Dienstverweigerers aus Gewissensgründen aus dem Postdienst

Ein Briefbote ist vom Divisionsgericht wegen fortgesetzter Dienstverweigerung verurteilt worden. Es handle sich um einen Zeugen Jehovas. Herr Spühler ist der Auffassung, dass ein Bundesbeamter mit einer solchen Einstellung zur Landesverteidigung nicht tragbar sei und entlassen werden sollte, möchte sich aber der Zustimmung des Bundesrates versichern.

Der Herr Bundespräsident bemerkt dazu, dass bei Radio Schweiz sich ein Parallelfall ereignet habe. Die Verurteilung sei hier bedingt erfolgt. Der Mann sei während der Probezeit in seinen Funktionen eingestellt worden. Die Verwaltung müsse in diesen Fällen konsequent sein. Wer dem Staate seine Dienste als Wehrmann verweigere, soll nicht vom gleichen Staate als Beamter profitieren können.

Radiosender in Liechtenstein und kirchliche Radiosendungen

Herr Spühler ergänzt die Protokollnotiz der Sitzung vom 25. Juli über diesen Gegenstand durch die Mitteilung, dass er es für angezeigt finde, den Bundesrat durch einen schriftlichen Bericht zu orientieren, der im September behandelt werden könne.



Hr. S c h a f f n e rNachtragskredite für elektrische Anlagen in Bangkok

Als Stellvertreter des Vorstehers des EDI, teilt Herr Schaffner mit, dass die Ersatzteile für die Notdieselanlage, von denen das letzte Mal die Rede war, bestellt, geliefert und eingebaut worden seien. Herr Bourgknecht bemerkt dazu, dass man daraus ersehe, wie schlecht der Bundesrat informiert werde. Man könne sich fragen, ob es jetzt noch nötig sei, die Botschaft an das Ortselektrizitätsnetz anzuschliessen. Der einzige Grund, warum man dies jetzt doch noch mache, sei der Lärm, den die Dieselanlage verursache. Man müsse sich schon fragen, warum man bei einer derartigen Geschäftsführung der Baudirektion nicht einmal die Konsequenzen ziehe.

Der Herr Bundespräsident sieht den Fall anders an. Offenbar habe man hier die dringlichsten Reparaturen für die Dieselanlage ausgeführt, weil man nicht habe wissen können, wie lange es dauere, bis der Anschluss ans Ortsnetz funktioniere. Man habe doch das Risiko nicht eingehen können, die Botschaft ohne Strom zu lassen.

Herr Bourgknecht begreift in diesem Falle nicht, warum man dann nichts davon berichte, dass diese Reparatur auch nötig gewesen sei. Der Herr Bundespräsident will noch feststellen, warum man das verschwiegen habe. Offenbar sei dafür ein besonderer Kredit für den Unterhalt zur Verfügung gestanden.

*Geburtsfest Kobert Schindler* Präsidialvorbringen

EFTA-Ministerkonferenz und OECD

An der EFTA-Ministerkonferenz habe eine kurze Besprechung unter den Neutralen stattgefunden wegen der Situation bei der OECD und der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden. Es gebe eine Strömung bei den EWG-Staaten, die OECD als Unterbau der NATO zu betrachten. Die schweizerische Kandidatur für die Direktion sei abgelehnt worden. Man sei aus diesen Gründen zum Schlusse gekommen, die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden zu verzögern.

Radweltmeisterschaften auf Bahn und Strasse vom 25. - 30. August

Die Veranstalter ersuchen den Bundesrat, eine Vertretung für das Ehrenkomitee zu bestimmen wie im Jahre 1953. Das Geschäft geht an die BK, um nachzusehen, was 1953 gemacht wurde. X

Beitrag für die Aktion Monnier

Es wird beschlossen, dass Verhandlungen und Beschluss in dieser Angelegenheit in einem separaten Beschlussprotokoll festgehalten und durch Protokollauszug den interessierten Stellen zur Kenntnis gebracht werden sollen. (s. Beschlussprotokoll)

Der Chef des FZD wird beauftragt, Herrn Monnier in geeigneter Form den Dank für seine uneigennützig Tätigkeit auszusprechen.

Nächste Sitzung

Dienstag, 8. August, unter dem Präsidium von Herrn Bourgknecht.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 55. Sitzung vom 25. Juli 1961 wird unverändert genehmigt.